



Freie und Hansestadt Hamburg  
Bezirksamt Hamburg-Nord  
Bezirksversammlung

## AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses  
vom 07.02.2017

Öffentlich

<b>5.1</b>	<b>Quartiersfonds 2017</b> <b>hier: Integrationsprojekte vorfinanzieren</b> <b>Drucksache: 20-3912</b>	ungeändert beschlossen
------------	--	------------------------

Sachverhalt:

Im Bezirk Hamburg-Nord gibt es aktuell 3 Projekte, die im Rahmen des Ehrenamtsfonds des Bezirkes gefördert werden und die dringend einer Aufstockung und veränderten Finanzierung bedürfen. Hierbei handelt es sich um

- Frühstückstreff mit Beratung für junge Geflüchtete, der durch die Initiative Welcome to Barmbek angeschoben wurde
- Phönix Freizeitschule in der Unterkunft Jugendpark, die ausgeweitet werden soll
- NISA Aktiv - Sozialpädagogische Gruppenarbeit mit jungen, geflüchteten Frauen in den WUK's Freiligrathstraße und Eschenweg

Nähere Beschreibungen können den Anlagen entnommen werden. Allen 3 Projekten ist gemeinsam, dass sie bereits über einen längeren Zeitraum laufen, sich etabliert haben und sich zunehmend professionalisieren.

Diese Professionalisierung ist insoweit notwendig, da die Angebote stark nachgefragt sind sowie intensive persönliche Beratung bieten und von daher auf eine hohe Kontinuität und Verlässlichkeit angewiesen sind.

Diese Verlässlichkeit und Kompetenz kann auf Dauer nicht mehr allein mit Ehrenamtlichen garantiert werden, so dass vermehrt Honorarkräfte beschäftigt werden sollen.

Solche Strukturen sind aber nicht mehr durch die Förderrichtlinie des Ehrenamtsfonds abgedeckt und die entstehenden Kosten übersteigen dessen Möglichkeiten.

Der Quartiersfonds der Bezirksämter ist unter anderem für solche Projekte aufgestockt worden. Also Projekte im Umfeld von Flüchtlingsunterkünften und -Initiativen, die sich nun verstärkt dem Thema Integration zuwenden und hier einen wichtigen Beitrag leisten.

Die Mittel aus dem Quartiersfonds für solche Projekte in Höhe von € 428.571,- können bei der Finanzbehörde beantragt werden (s.a. Drs. 21/6976).

Leider hat die Finanzbehörde bisher nicht geklärt bzw. mitgeteilt, wie diese Mittel beantragt und anschließend an das Bezirksamt übertragen werden können.

Dadurch entsteht nun für die o.g. Projekte und das Bezirksamt die schwierige Situation, dass sich die Projekte im Vertrauen auf den erhöhten Quartiersfonds verändert haben und das gleichzeitig die dafür notwendigen Gelder nicht bereitgestellt werden können.

Vor diesem Hintergrund schlägt das Bezirksamt vor, diese 3 Projekte zunächst aus den noch vorhandenen Mitteln des bestehenden Quartiersfonds vorzufinanzieren. Sobald die Anträge bei der Finanzbehörde auf die Integrationsmittel des Quartiersfonds gestellt werden können bzw. verfügbar sind, wird die Finanzierung umgestellt bzw. das Geld umgeschichtet.

Petition/Beschluss:

Es wird um Kenntnisnahme und Zustimmung zum beschriebenen Vorgehen gebeten.

Harald Rösler

**Abstimmungsergebnis:**  
Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg  
Bezirksamt Hamburg-Nord  
Bezirksversammlung

## AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses  
vom 07.02.2017

Öffentlich

5.2	<b>Quartiersfonds 2017 Mittel für den Jugend- und Beteiligungstreff an der Fuhlbüttlerstraße 136, 22305 Hamburg Drucksache: 20-3933</b>	ungeändert beschlossen
-----	---	------------------------

Sachverhalt:

Das Bezirksamt, vertreten durch das Fachamt Jugend und Familienhilfe und das Fachamt Sozialraummanagement, beteiligt sich am Bundesprogramm „Jugendgerechte Kommune“

Im Rahmen dieses Vorhabens hat sich das Bezirksamt auf den Stadtteil Barmbek-Nord fokussiert und erprobt dort neue Verfahren der Beteiligung mit und von Jugendlichen und jungen Erwachsenen.

Im Herbst 2016 fanden daher 2 sogenannte Jugendforen statt. Beim 2. Forum im November haben ca. 40 Jugendliche gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern von Verwaltung und Kommunalpolitik zu verschiedenen Themen des Stadtteils diskutiert, ihre Wünsche geäußert und Bedarfe artikuliert.

In einer Themengruppe wurde der Wunsch nach einem Treffpunkt im Umfeld des Barmbeker Bahnhofs geäußert. Daraufhin entstand im Bezirksamt die Idee zu versuchen, den Jugendlichen Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen, dies aber nicht auf Dauer, sondern um zunächst in einem weiteren Beteiligungsprozess die Bedarfe der Jugendlichen weiter abzuklären und zu differenzieren (Was wird wo wirklich gebraucht?).

Das Bezirksamt hat dann durch Vermittlung des vor Ort tätigen Sanierungsträgers Kontakt zu einem Vermieter bekommen, der bereit ist einen Laden, der im Sommer abgerissen wird, gegen Zahlung der Betriebskosten zur Verfügung zu stellen.

Der Laden kann nun ab 01.02.2017 bis zum 31.07.2017 genutzt werden. Der Vermieter verlangt lediglich die Betriebskosten in Höhe von € 280,- / Monat.

Weitere Kosten entstehen für Strom, Wasser, Gas und Reinigung und ggf. kleinere Anschaffungen, die zurzeit noch nicht genau beziffert werden können. Insgesamt geht das Bezirksamt von maximal € 5000,- aus, die insgesamt gebraucht werden.

Die Betreuung und damit die Personalkosten werden durch das Jugendamt sichergestellt.

Das Bezirksamt schlägt vor die Raumkosten aus Mitteln des Quartiersfonds zu bezahlen, da ein Schwerpunkt des Vorhabens auf der Beteiligung von Jugendlichen und der Frage von Stadtteilgestaltung liegt. Es käme so zu einer Kostenteilung zwischen Jugendhilfe (Personal) und Sozialraummanagement (Raum), die exakt der Intention des Vorhabens entspricht.

Bei Bewilligung aller Maßnahmen des Quartiersfonds, wie sie aktuell für den Hauptausschuss vorliegen, stehen dort noch rund € 155.000,- zur freien Verfügung.

Petition/Beschluss:

Der Hauptausschuss nimmt Kenntnis und stimmt der Verwendung von bis zu € 5000,- für das genannte Vorhaben aus Mitteln des Quartiersfonds zu.

Harald Rösler

**Abstimmungsergebnis:**  
Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg  
Bezirksamt Hamburg-Nord  
Bezirksversammlung

## AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses  
vom 07.02.2017

Öffentlich

<b>5.3</b>	<b>Vergabe der Mittel der Bezirksversammlung 2017</b>	ungeändert beschlossen
	<b>Drucksache: 20-3924</b>	

Sachverhalt:

Der Haushaltsausschuss hatte in seiner Sitzung am 16.11.2016 die Anträge Nr. 1051 und Nr. 1069 vertagt. Nach Absprache der Mitglieder des Haushaltsausschusses werden diese beiden Anträge zur Beratung dem Hauptausschuss vorgelegt.

Die Anträge, deren Begründungen, eine Übersicht sowie Anmerkungen dazu und die aktuelle Mittelübersicht werden als Anlage beigefügt.

Petition/Beschluss:

Mit der Bitte um Beratung und Entscheidung.

Harald Rösler

### Abstimmungsergebnis:

**Nr. 1051:**

Einstimmig beschlossen

**Nr. 1069:**

Mehrheitlich beschlossen

Für-Stimmen : SPD, CDU, GRÜNE  
Gegenstimmen : DIE LINKE  
Stimmenthaltungen :



Freie und Hansestadt Hamburg  
Bezirksamt Hamburg-Nord  
Bezirksversammlung

**AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT**

der Sitzung des Hauptausschusses  
vom 07.02.2017

Öffentlich

<b>5.4</b>	<b>Beteiligungsverfahren der UA Bau der Regionalausschüsse Drucksache: 20-3935</b>	ungeändert beschlossen
------------	--	------------------------

Sachverhalt:

Die Fraktionen der Bezirksversammlung Hamburg-Nord haben sich gemeinsam mit der Verwaltung in einer Arbeitsgruppe nach mehreren Beratungen und intensiven Diskussionen einvernehmlich auf das anliegenden Papier zu der Ausgestaltung der Beteiligungsverfahren der UA Bau der Regionalausschüsse verständigt. Es ist vorgesehen, die jetzt gewonnene Vereinbarungen möglichst zügig in Kraft zu setzen. Um den vorgesehenen Zeitpunkt 01.04.2017 zu erreichen, wird eine kurzfristige Beschlussfassung im Hauptausschuss in seiner Sitzung im Februar angestrebt. Eine Evaluation ist nach Ablauf eines Jahres vorgesehen.

Petition/Beschluss:

Es wird um Zustimmung zu dem Beteiligungsverfahren der UA Bau der Regionalausschüsse (Anlage) gebeten.

Harald Rösler

**Abstimmungsergebnis:**  
Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg  
Bezirksamt Hamburg-Nord  
Bezirksversammlung

## AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses  
vom 07.02.2017

Öffentlich

7.1	<b>Stadtteilidentifikation stärken - Für eine U-Bahn-Station "Dulsberg"! Beschlussempfehlung des Regionalausschusses Barmbek-Uhlenhorst-Hohenfelde-Dulsberg Drucksache: 20-3859</b>	ungeändert beschlossen
-----	---	------------------------

Sachverhalt:

Der Regionalausschuss Barmbek-Uhlenhorst-Hohenfelde-Dulsberg hat sich in seiner Sitzung am 16.01.2017 mit o.g. Thematik auf der Grundlage eines gemeinsamen Antrages der SPD-, GRÜNE- und CDU-Fraktion sowie der Gruppen PIRATEN und FDP befasst und mehrheitlich bei Gegenstimmen der Fraktion DIE-LINKE folgende Beschlussempfehlung verabschiedet:

1. „Das Vorsitzende Mitglied der Bezirksversammlung wird gebeten, sich bei den zuständigen Stellen dafür einzusetzen, dass die U-Bahn-Station „Straßburger Straße“ in „Dulsberg“ umbenannt wird.
2. Sollte einer vollständigen Umbenennung nicht zugestimmt werden, so soll stattdessen der Name „Dulsberg (Straßburger Straße)“ gewählt oder eine ähnliche Bezeichnung unter Nennung des Stadtteils gefunden werden.
3. In jedem Falle sollen dem beantragenden Ausschuss die *zusätzlichen* Kosten für eine Umbenennung mitgeteilt werden.“

### Begründung:

Der Dulsberg ist einer der am dichtesten besiedelten Stadtteile in Hamburg und beherbergt unter anderem die denkmalgeschützte Siedlung von Fritz Schumacher, den Olympiastützpunkt Hamburg und die zur Eliteschule des Sports ausgebaute Gesamtschule Alter Teichweg. Viele BewohnerInnen zeichnet eine hohe Identifikation mit ihrem Stadtteil aus. AnwohnerInnen und Gewerbetreibende machen im Dialog mit anderen HamburgerInnen aber oftmals die Erfahrung, dass sie erläutern müssen, wo sich der Stadtteil Dulsberg eigentlich befindet.

Im Stadtteilrat Dulsberg gab es in 2016 daher zahlreiche Überlegungen, wie die Bekanntheit des Stadtteils Dulsberg sowie seine Außenwahrnehmung innerhalb Hamburgs verstärkt werden kann. Davon verspricht sich der Stadtteilrat eine weitere Verbesserung der Identifikation der BürgerInnen auf dem Dulsberg mit dem Quartier und eine damit

verbundene Förderung des Engagements der Menschen für ihren Stadtteil.

Symptomatisch für den geringen Bekanntheitsgrad des Stadtteils ist das Fehlen einer nach ihm benannten Schnellbahnhaltestelle. Weder die zwei U-Bahn-Stationen „Straßburger Straße“ sowie „Alter Teichweg“, die im Stadtteil liegen, noch die S-Bahn-Station „Friedrichsberg“ an der Grenze des Stadtteils weisen in ihrem Namen einen Bezug zum Dulsberg auf.

Von 103 Hamburger Stadtteilen sind immerhin 47 mit Ihrem Stadtteilnamen direkt oder umschrieben (z.B. „Langenhorn-Markt“) in Materialien und Aushängen des HVV präsent (33 Stadtteile weisen gar keine U- oder S-Bahnstation auf). Bis zum vergangenen Jahr war auf den HVV-Karten an den Haltestellen der Stadtteil Dulsberg sogar falsch im Bezirk Wandsbek verortet!

Es erscheint angemessen und daher überlegenswert, eine der Stationen im Quartier auch nach dem Stadtteil "Dulsberg" zu benennen.

Prädestiniert für eine Umbenennung wäre die U-Bahn-Station „Straßburger Straße“. Sie befindet sich in fußläufiger Entfernung vom Zentrum des Stadtteils mit dem Straßburger Platz.

Da die Materialien des HVV sowieso in regelmäßigen Abständen erneuert werden müssen, weil sich immer wieder Änderungen im Streckennetz, der Ausstattung (Barrierefreiheit) oder der Benennung ergeben, würde eine Umbenennung im wesentlichen nur Kosten im Rahmen der Umfirmierung innerhalb der Station verursachen. Hier bietet der barrierefreie Ausbau der Station Straßburger Straße im Jahr 2018 eine günstige Gelegenheit.

Petition/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

**Abstimmungsergebnis:**

Mehrheitlich beschlossen

Für-Stimmen : SPD, CDU, GRÜNE  
Gegenstimmen : DIE LINKE  
Stimmenthaltungen :





Freie und Hansestadt Hamburg  
Bezirksamt Hamburg-Nord  
Bezirksversammlung

**AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT**

der Sitzung des Hauptausschusses  
vom 07.02.2017

Öffentlich

<b>7.2</b>	<b>Fußgängerlichtsignalanlage in der Alsterkrugchaussee zwischen Sportallee und Hindenburgstraße Beschlussempfehlung des Regionalausschusses Langenhorn-Fuhlsbüttel-Ohlsdorf-Alsterdorf-Groß Borstel Drucksache: 20-3839</b>	ungeändert beschlossen
------------	--	------------------------

Sachverhalt:

Der Regionalausschuss Langenhorn-Fuhlsbüttel-Ohlsdorf-Alsterdorf-Groß Borstel hat sich in seiner Sitzung am 09.01.2017 mit o.g. Thematik auf der Grundlage eines interfraktionellen Antrages befasst und einstimmig folgende Beschlussempfehlung verabschiedet:

„Das vorsitzende Mitglied wird gebeten bei den zuständigen Behörden den Bau einer Bedarfslichtsignalanlage für Fußgänger in der Alsterkrugchaussee, etwa in Höhe des Lidl-Marktes prüfen zu lassen. Diese etwa mittig zwischen den Knotenpunkten Sportallee/Maienweg und Hindenburgstraße anzuordnende Fußgänger-Lichtsignalanlage soll ein sicheres Überqueren der Alsterkrugchaussee aus den Alsterdorfer Wohngebieten zu dem auf der Nordwestseite der Alsterkrugchaussee gelegenen Lebensmitteleinkaufsmarkt ermöglichen.“

Begründung:

Auf der Nordwestseite der dort vierspurigen Alsterkrugchaussee befindet sich ( in Gr.Borstel) der Lebensmitteleinzelhandelsbetrieb Lidl. Dieses ist für die Wohngebiete im Norden von Alsterdorf der einzige Lebensmitteleinzelhandelsbetrieb in fußläufiger Entfernung in der Nachbarschaft. Viele Kunden kommen aus den nördlichen Alsterdorfer Wohngebieten über den Kirschenstieg zur Alsterkrugchaussee. Dort befindet sich in einem gut 600 m langen Abschnitt zwischen den Knoten Sportallee/Maienweg im Süden und der Hindenburgstraße im Norden kein lichtsignalgeregelter Übergang für Fußgänger aus Alsterdorf zu dem gegenüberliegenden Lidl-Markt. Um den sonst notwendigen Umweg von jeweils ca. 600 m über einen der beampelten Knotenpunkte zu vermeiden, überqueren immer wieder Fußgänger trotz des nicht unerheblichen Kfz-Verkehrs auf der Alsterkrugchaussee die vierspurige Fahrbahn direkt vor dem Lidl-Markt . Um diese verkehrsgefährdende Situation zu entschärfen, wird der Prüfantrag gestellt.

Petition/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

**Abstimmungsergebnis:**  
Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg  
Bezirksamt Hamburg-Nord  
Bezirksversammlung

**AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT**

der Sitzung des Hauptausschusses  
vom 07.02.2017

Öffentlich

<b>7.3</b>	<b>Verkehrliche Erschließung Aldi Langenhorner Chaussee 579 Beschlussempfehlung des Regionalausschusses Langenhorn-Fuhlsbüttel-Ohlsdorf-Alsterdorf-Groß Borstel Drucksache: 20-3840</b>	ungeändert beschlossen
------------	---	------------------------

Sachverhalt:

Der Regionalausschuss Langenhorn-Fuhlsbüttel-Ohlsdorf-Alsterdorf-Groß Borstel hat sich in seiner Sitzung am 09.01.2017 mit o.g. Thematik auf der Grundlage eines interfraktionellen Antrages befasst und einstimmig folgende Beschlussempfehlung verabschiedet:

Das vorsitzende Mitglied der Bezirksversammlung möge sich bei den zuständigen Behörden dafür einsetzen, dass

1. eine barrierefreie Verlängerung des südlichen Gehweges des Tückobsmoors über den Käkenkamp erfolgt.
2. die Schließung des südlichen Käkenkamps durch einen Grünstreifen mit Straßenbaum flankiert wird.

Begründung:

Die geplante Ansiedlung des Discounters ALDI auf dem Grundstück des ehemaligen Hotel Tomfort ist ein wichtiger Impuls zur Stärkung des Nahversorgungsstandortes Käkenhof und verspricht eine von vielen Bürgern gewünschte Einkaufsgelegenheit im nordwestlichen Langenhorn. Damit verbunden sind aber auch die Einrichtung von zahlreichen PKW-Stellplätzen und die Notwendigkeit von regelmäßigem Lieferverkehr mit LKW.

Die hierfür benötigte verkehrliche Erschließung bedeutet spürbare Veränderungen für die angrenzenden Nachbarn und jene Verkehrsteilnehmer, die bisher die betroffenen Straßen überwiegend nutzen. Dies sind Fußgänger und Fahrradfahrer.

Auch vor dem Hintergrund, dass für das Vorhaben eine Öffnung des Tückobsmoors zur Langenhorner Chaussee für den Kraftfahrzeugverkehr unumgänglich ist, sind die Interessen der Fußgänger und Fahrradfahrer ebenso wie die der Anwohner also angemessen zu berücksichtigen.

Um die Interessen aller Verkehrsteilnehmer zu wahren, befürworten wir ausdrücklich die Verlängerung des südlichen Fußweges vom Tückobsmoor über den Käkenkamp hinaus. Damit einhergehend eine Schließung des südlichen Käkenkamps für PKW und LKW, um die Sicherheit der schwächsten Verkehrsteilnehmer gewährleisten zu können.

Petition/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

**Abstimmungsergebnis:**  
Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg  
Bezirksamt Hamburg-Nord  
Bezirksversammlung

## AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses  
vom 07.02.2017

Öffentlich

<b>7.4</b>	<b>Anhörung im Regionalausschuss Eppendorf-Winterhude zur geplanten Flüchtlingsunterkunft im Seelemannpark Beschlussempfehlung des Regionalausschusses Eppendorf-Winterhude Drucksache: 20-3887</b>	ungeändert beschlossen
------------	---	------------------------

Sachverhalt:

Der Regionalausschuss Eppendorf-Winterhude hat sich in seiner Sitzung am 23.01.2017 mit den Einzuladenden zur Anhörung befasst und die folgende Beschlussempfehlung verabschiedet:

„1. Das vorsitzende Mitglied des Regionalausschusses Eppendorf-Winterhude wird gebeten, als politischen Vertreter zu dieser Anhörung eine Vertreterin/einen Vertreter des Senats einzuladen.

*(Einstimmig beschlossen bei Enthaltung der Grüne-Fraktion und einiger Vertreter der SPD-Fraktion)*

2. Darüber hinaus wird das vorsitzende Mitglied des Regionalausschusses Eppendorf-Winterhude gebeten, dass als Experten zu dieser Anhörung zudem zuständige Vertreterinnen und Vertreter des Zentralen Koordinierungstabs für Flüchtlinge (ZKF), der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration (BASFI), der Behörde für Umwelt und Energie (BUE), der Behörde für Inneres und Sport (BIS), vom Denkmalschutzamt und von fördern & wohnen AöR eingeladen werden.

*(Einstimmig beschlossen bei Enthaltung der SPD-Fraktion)*

3a. Die o.g. Anhörung ist rechtzeitig in der üblichen Art und Weise (mit einer Pressemitteilung sowie über Allris im Internet) anzukündigen. Vom Bezirksamt Hamburg-Nord ist eine Rufnummer, E-Mail-Adresse und ein Ansprechpartner (Gremienbetreuung) anzugeben, unter der Bürger dem Bezirksamt vorab Fragen und Anregungen zur o.g. Thematik zukommen lassen können, die im Rahmen der Anhörung behandelt werden sollen.  
*(In alternativer Abstimmung mit den Stimmen von SPD- und Grüne-Fraktion beschlossen)*

Petition/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

## **Abstimmungsergebnis:**

### **1. und 2.:**

Einstimmig beschlossen

### **3.:**

Mehrheitlich beschlossen

Für-Stimmen : SPD, GRÜNE, DIE LINKE  
Gegenstimmen : CDU  
Stimmenthaltungen :



Freie und Hansestadt Hamburg  
Bezirksamt Hamburg-Nord  
Bezirksversammlung

## AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses  
vom 07.02.2017

Öffentlich

<b>7.5</b>	<b>Verwendung der Mittel aus dem "Quartiersfonds bezirkliche Stadtteilarbeit" für das Jahr 2017</b> <b>Beschlussempfehlung des Ausschusses Bildung, Kultur und Sport</b> <b>Drucksache: 20-3897</b>	ungeändert beschlossen
------------	---	------------------------

Sachverhalt:

Der Ausschuss Bildung, Kultur und Sport hat sich in seiner Sitzung am 24.01.2017 mit der Verwendung der Mittel aus dem „Quartiersfonds bezirkliche Stadtteilarbeit“ befasst und dem Verteilungsvorschlag der Verwaltung einstimmig, bei Enthaltung der CDU-Fraktion, zugestimmt.

### Hintergrund

Aus den Mitteln der Bürgerschaft „Quartiersfonds bezirkliche Stadtteilarbeit“ stehen dem Bezirk gem. Drs. 21/6976 jeweils € 1.039.935,- für 2017 und 2018 zur Verfügung. Die Summe setzt sich wie folgt zusammen.

Anteil von 2 Mio. gem. Bevölkerung: € 325.650,- (inkl. € 32.565 für Investitionen)  
Anteil von 2 Mio. durch 7: € 285.714,-  
Gesamt € 611.364,- (diese Mittel stehen sofort zur Verfügung)

Anteil von 3 Mio. durch 7: € 428.571,- (können bei der Finanzbehörde beantragt werden, Erläuterung s.u.)

Entsprechend dem Vorgehen in den vergangenen Jahren legt das Bezirksamt hiermit einen Verteilungsvorschlag für die Mittel vor, der nach der Bestätigung durch die Bezirksversammlung zügig umgesetzt werden kann. Der Vorschlag bezieht sich nur auf die frei verfügbaren Mittel in Höhe von € 611.364,-.

Mögliche Reste aus den Zuwendungen in 2016 sind in der Planung nicht berücksichtigt, da deren Höhe noch nicht fest steht und diese erfahrungsgemäß sehr spät in 2017 übertragen werden. Sobald hier mehr Klarheit besteht, wird das Bezirksamt Vorschläge zu Verwendung machen.

Eine tabellarische Übersicht der vorgeschlagenen Maßnahmen kann der **Anlage 0** entnommen werden.

Zusätzlich zu den o.g. € 611.364,- können weitere bis zu € 428.571 durch den Bezirk in

Anspruch genommen werden. Diese Mittel sollen aber von der Finanzbehörde nur projektbezogen und auf Antrag an den Bezirk gegeben werden. Die Mittel sollen durch die Finanzbehörde aus dem Produkt Zuwanderung zur Verfügung gestellt werden. Die inhaltlichen Kriterien für Anträge auf diese Mittel und das genaue Vergabeverfahren sind noch nicht festgelegt. Sobald dem Bezirksamt neue Informationen über die Vergabe dieser Mittel vorliegen, wird es diese der Bezirksversammlung zur Kenntnis geben und entsprechende Projektvorschläge machen bzw. einreichen.

Schwerpunktthema für solche Vorschläge sind Projekte, die in Folge der neuen Flüchtlingsunterkünfte oder der geschlossenen Bürgerverträge notwendig sind. Ebenfalls notwendig sind Maßnahmen, die sich aus der ehrenamtlichen Arbeit im Umfeld der Flüchtlingsunterkünfte heraus entwickelt haben. Bei diesen Projekten hat sich gezeigt, dass die Finanzierung aus dem entsprechenden Ehrenamtsfonds der Bürgerschaft nicht mehr ausreicht, da sich (halb)professionelle Strukturen entwickelt haben bzw. notwendig sind, um die Angebote durchzuführen.

Bei den jetzt vorliegenden Vorschlägen orientiert sich das Bezirksamt an der Zielsetzung Bürgerhäuser, Community-Center, Stadtteilkulturzentren, Stadtteilbüros, Beiräte und weitere Stadtteileinrichtungen, die einen wichtigen Beitrag zur sozialen Infrastruktur leisten dauerhaft in ihrem Bestand und ihre Arbeit abzusichern. Alle Maßnahmen leisten einen erfolgreichen Beitrag im jeweiligen Quartier und/oder die entsprechende Zielgruppe. Das Bezirksamt befindet sich hierzu im Austausch mit den jeweiligen Trägern und Stadtteilen.

Für Vorschläge, in denen Träger benannt werden, liegen entsprechende Anträge vor bzw. sind angekündigt. Lediglich beim Stadtteilrat Barmbek-Süd weichen Antrag und Vorschlag des Bezirksamtes voneinander ab (s. Anlage 2).

Bei Vorschlägen, bei denen das Bezirksamt als Träger eingetragen ist, werden die Vorhaben direkt durch das Bezirksamt abgerechnet.

Für die Zuwendungen hat das Bezirksamt die Kriterien des Bürgerschaftsbeschlusses zu Grunde gelegt:

1. Die Arbeit der Einrichtung/des Projekts ist durch den Wegfall von (befristeten) Finanzierungen teilweise oder im Ganzen gefährdet.
2. Es handelt sich um eine Einrichtung/ein Projekt, das für die soziale Infrastruktur in einem Stadtteil von erheblicher Bedeutung ist.
3. Die Angebote dürfen sich nicht mit anderen Angeboten überschneiden und müssen einer Nachfrage/einem Bedarf entsprechen.
4. Die Angebote dienen zur Abfederung der Folgen der verstärkten Zuwanderung des vergangenen und zu Beginn dieses Jahres
5. Die Maßnahmen dienen zur Umsetzung der Vereinbarungen aus Bürgerverträgen

Das Bezirksamt hält an seiner Auffassung fest, dass es sinnvoll ist, die Mittel des Quartiersfonds möglichst flexibel zu halten, um damit auf wechselnde Bedarfe reagieren zu können. Es wird daher empfohlen, die Mittel - wo möglich - nicht als Dauerfinanzierung einer Einrichtung einzusetzen, sondern als temporäre Unterstützung (also eher Projekte auf Honorarbasis, als eine feste Stelle).

Die Anlagen 1 bis 25 enthalten für jedes Projekt/jede Maßnahme ausführliche Informationen und Begründungen, daher wird an dieser Stelle nur eine Kurzübersicht in Stichworten zur schnellen Orientierung geliefert.

Ausblick 2018:

Die Laufzeit des RISE-Gebietes Dulsberg (städtebaulicher Denkmalschutz) soll verlängert und um Maßnahmen erweitert werden, die eine höhere Beteiligung des Stadtteils erfordern bzw. ermöglichen. Hierfür sind ab 2018 Kofinanzierungsmittel notwendig, die aus Sicht des Bezirksamtes sinnvollerweise aus dem Quartiersfonds finanziert werden sollten.



Centermanagement Barmbek Basch, € 75.000 (Anlage 1)

Das Centermanagement des Barmbek Basch konnte sich durch die kontinuierliche Finanzierung der letzten Jahre stabilisieren und dadurch auch eine aktivere Rolle in der Stadtteilvernetzung übernehmen.

Stadtteilrat Barmbek-Süd € 12.500 (Anlage 2)

Der Stadtteilrat hat kontinuierlich weiter gearbeitet und begonnen das Themenspektrum zu erweitern. Bei der Förderung wird vorgeschlagen, die Förderung auf dem Niveau von 2016 zu belassen.

Verfügungsfonds Barmbek-Süd, € 2.500 (Anlage 3)

Förderung wie in 2016

Stabilisieren der Beteiligungsstrukturen vor Ort nach Auslaufen des Quartiers als Stadtentwicklungsgebiet.

ELLA Kulturhaus, € 85.000 (Anlage 4)

Erhöhung um € 60.000,-

Das ELLA mit seiner starken Ausprägung in Richtung Gemeinwesenarbeit ist ein entscheidender Ort für die Stabilisierung des Quartiers und die Fortführung der durch die RISE-Förderung angeschobenen Prozesse. Gleichzeitig hat das ELLA vielfältige Erfahrungen im Bereich von Integrations- und Interkultur-Projekten. Vor diesem Hintergrund soll das ELLA gestärkt werden, damit die Chancen, die sich durch den begonnenen Umbau ergeben, auch genutzt werden können.

Stadtteilverein Essener Straße, € 20.000,- (Anlage 5)

Erhöhung um € 17.500,-

Der Stadtteilverein wird in 2017 weitere Funktionen übernehmen und gleichzeitig läuft die RISE-Finanzierung durch die Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen (BSW) endgültig aus.

Verfügungsfonds Essener Straße € 5.000,- (Anlage 6)

Neu, bisher durch RISE-Mittel finanziert.

Bewährte Beteiligungsstrukturen fördern und anerkennen.

Bildungsportal Hamburg aktiv, € 6.200 (Anlage 7)

Förderung wie 2016

Das Bildungsportal wird gemeinschaftlich von allen Bezirken und der BSB finanziert.

Selbstlernzentrum Essener Straße, € 10.000 (Anlage 8)

Förderung wie 2016.

Das Selbstlernzentrum wird hauptsächlich durch BSB- und ESF-Mittel gefördert. Die €10.000 sind die Kofinanzierung des Bezirks.

Verfügungsfonds Dulsberg, € 2.500 (Anlage 9)

Förderung wie in 2016.

Bewährte Beteiligungsstrukturen fördern und anerkennen.

Nachbarschaftstreff Dulsberg, € 20.000 (Anlage 10)

Förderung wie in 2016.

Abfedern von Kürzungen, absichern der Arbeit.

Geschichtswerkstätten, € 30.000 (Anlage 11)

Erhöhung um €10.000,-

Vergabe durch den BKS entsprechend aktueller Bedarfe.

Stadtteilkulturzentren, € 30.000 (Anlage 12)

Förderung wie in 2016.

Vergabe durch den BKS entsprechend aktueller Bedarfe.

Stadtteilrat Barmbek-Nord, € 5.000 (Anlage 13)

Förderung wie 2016.

Stabilisieren der Beteiligungsstrukturen vor Ort nach Auslaufen des Quartiers als Stadtentwicklungsgebiet.

Verfügungsfonds Barmbek-Nord, € 2.500 (Anlage 14)

Förderung wie 2016.

Stabilisieren der Beteiligungsstrukturen vor Ort nach Auslaufen des Quartiers als Stadtentwicklungsgebiet.

Pottkieker auf dem Dulsberg, € 25.000 (Anlage 15)

Förderung wie in 2016.

Der Beitrag soll helfen das Projekt zu stabilisieren und bildet einen Baustein der gemischten Gesamtfinanzierung aus Zuschuss Bezirksamt, Zuschuss BASFI, Spenden einzelner, Spendenfonds aus Einmalaktion.

Martini Erleben, € 6.000,- (Anlage 16)

Erhöhung um €1.000,-.

Das Projekt wurde in 2015 erstmals aus dem Quartiersfonds gefördert. Es werden verschiedene nachbarschaftliche Aktivitäten organisiert (z.B. Repaircafé), eine jährliche Planungswerkstatt durchgeführt und die Entwicklung des Neubaus auf dem ehemaligen Krankenhausgelände („Martini 44“) aktiv begleitet. Die erhöhten Kosten sind im Zuwendungsantrag nachgewiesen.

Verfügungsfonds Langenhorner Markt € 7.500 (Anlage 17)

Der Runde Tisch der Gewerbetreibenden wurde im Rahmen des Städtebaufördergebiets Langenhorner Markt gegründet (Oktober 2011) und bis Ende 2015 gefördert. Durch die Gründung des Vereins Langenhorn Mitte e.V. können die Mittel nun durch die Gewerbetreibenden direkt und gezielt für den Langenhorner Markt eingesetzt werden.

Freiwilligenagentur Hamburg-Nord, € 15.300,- (Anlage 18)

Erhöhung um € 10.000,-.

Durch erhöhte Kosten am neuen Standort in der Nähe der Fuhsbüttlerstraße und durch Wegfall von Kooperationspartnern ist eine Deckungslücke entstanden, die hiermit gefüllt werden kann.

Runde Tische Integration, € 12.500 (Anlage 19)

Förderung wie in 2016.

Die Mittel dienen zur Finanzierung von Mikro-Projekten, die aus Beteiligungsverfahren entstehen.

Sprachcafe Essener Straße € 5.000 (Anlage 20)

Förderung wie in 2016.

Absichern der erfolgreichen niedrigschwelligen Sprachförderung, die aus einem Beteiligungsprojekt hervorgegangen ist.

Lesehaus Dulsberg, € 5.000 (Anlage 21)

Förderung wie in 2016.

Absichern des erfolgreichen Projektes.

Beratung von Migranten bei Globus, € 5000,- (Anlage 22)

Neu.

Die Beratung wurde bisher vom Stadtteilbüro Dulsberg finanziert. Die Finanzierung und der Träger soll geändert werden, da das Stadtteilbüro zum einen Probleme hat diese Honorarmittel weiter zur Verfügung zu stellen. Zum anderen ergibt sich bei Globus eine bessere fachliche Anbindung und entsprechende Synergien.

Umgestaltung und Betrieb des Spielhauses Stammannstraße, € 20.000,- (Anlage 23)

Das Spielhaus soll sukzessive in einen Treffpunkt für Migranten und Integrations-Initiativen umfunktioniert werden. Vorbild ist die Welcome-Lounge der Initiative Welcome to Barmbek. Das Geld soll der Deckung der Betriebskosten dienen und ggf. kleinerer Umbauarbeiten/Ausstattungen.

Dulsberger Herbstlese, € 5.000,- (Anlage 24)

Die Dulsberger Herbstlese soll wieder in ihrem ursprünglichen großen Format durchgeführt und insbesondere die Aspekte Beteiligung und Interkulturalität gestärkt werden. Dies erfordert einen längerfristigen kontinuierlichen Personaleinsatz, der mit dieser Förderung ermöglicht werden soll.

Investive Mittel für den Umbau ELLA Langenhorn, € 32.565,- (Anlage 25)

Das Bezirksamt schlägt vor den Aus- und Umbau des ELLA-Kulturzentrums in Langenhorn mit den Mitteln zu fördern. Dieser hat im Herbst begonnen und ist die letzte Maßnahme im Rahmen der Integrierte Stadtteilentwicklung (RISE).

Ungebundene Mittel für temporäre bzw. aktuelle Projekte/Bedarfe € 166.299,-

Das Bezirksamt rät wie auch schon in den Vorjahren, einen höheren Betrag für kurzfristige unterjährige Bedarfe zurückzustellen.

Petition/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen

Für-Stimmen : SPD, GRÜNE, DIE LINKE  
Gegenstimmen :  
Stimmenthaltungen : CDU



Freie und Hansestadt Hamburg  
Bezirksamt Hamburg-Nord  
Bezirksversammlung

## AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses  
vom 07.02.2017

Öffentlich

7.6	<b>Rahmenzuweisung Stadtteilkultur 2017 und 2018: Aufteilung der Erhöhung Beschlussempfehlung des Ausschusses Bildung, Kultur und Sport Drucksache: 20-3893</b>	ungeändert beschlossen
-----	---	------------------------

Sachverhalt:

Der Ausschuss Bildung, Kultur und Sport hat sich in seiner Sitzung am 24.01.2017 aufgrund eines gemeinsamen Antrages der SPD- und GRÜNE-Fraktion mit o.g. Thematik befasst und nachfolgende Beschlussempfehlungen verabschiedet. Der Punkt **1 b)** wurde **mehrheitlich beschlossen** (Für-Stimmen: SPD, GRÜNE, DIE LINKE; Gegenstimmen: CDU). Die übrigen Punkte **1 a) bis 6** wurden **einstimmig**, bei Enthaltung der CDU-Fraktion, beschlossen.

1. Aus der Erhöhung der Rahmenzuweisung Stadtteilkultur werden vorab die erhöhten Mietkosten für
  - a) die Geschichtsgruppe Dulsberg (5.000 Euro) und
  - b) die Willi-Bredel-Gesellschaft (3.500 Euro)bewilligt.
2. Die Geschichtswerkstätten erhalten im Jahr 2017 10.937 Euro und im Jahr 2018 21.874 Euro. Diese zusätzlichen Mittel werden im Verhältnis der bisherigen Förderung auf die fünf Geschichtswerkstätten verteilt.
3. Von den verbleibenden Mitteln für die Stadtteilkulturzentren (41.500 Euro) werden im Jahr 2017 75% entsprechend dem Verhältnis der Aufteilung der bisherigen Fördersumme auf die Stadtteilkulturzentren aufgeteilt (31.125 Euro).
4. Die verbleibende Restsumme in Höhe von 10.375 Euro wird ab 2017 zur Deckung von entstandenen Mehrbedarfen auf Grund der veränderten räumlichen Situation der Zinnschmelze verwendet.
5. 2018 werden von den verbleibenden Mitteln für die Stadtteilkulturzentren (91.500 Euro) 75% des Erhöhungsbeitrages aus 2017 (41.500 Euro) und 50% des Erhöhungsbeitrages aus 2018 (50.000 Euro) entsprechend dem Verhältnis der Aufteilung der bisherigen Fördersumme auf die Stadtteilkulturzentren aufgeteilt (56.100 Euro).
6. Die in 2018 verbleibende Restsumme in Höhe von 25.000 Euro wird zur Deckung von entstandenen Mehrbedarfen auf Grund der veränderten räumlichen Situation bzw. der geplanten räumlichen Veränderung in Höhe von jeweils 10.000 Euro im

Bürgerhaus in Barmbek und dem Kulturhaus Eppendorf verwendet. Mit der Restsumme von 5.000 Euro soll der Kulturpunkt im Barmbek°Basch in die Lage versetzt werden, auf seine beengten räumlichen Möglichkeiten reagieren zu können.

#### Begründung

Mit dem Beschluss der Bürgerschaft zum Doppelhaushalt 2017/18 und der Einigung der Bezirksamtsleiterinnen und -leiter über die Aufschlüsselung der Erhöhung der Rahmenzuweisung Stadtteilkultur steht nun auch fest, um welche Summe in den Jahren 2017 und 2018 die Mittel für die Stadtteilkultur in Hamburg-Nord steigen. Laut Mitteilung des Bezirksamtes erhält der Bezirk Nord in den beiden Jahren jeweils eine Erhöhung gegenüber dem jeweiligen Vorjahr um 60.937 Euro. Damit stehen 2017 also 60.937 Euro und 2018 insgesamt 121.874 Euro zusätzlich zur Verfügung.

Durch entsprechende Willensbekundungen bzw. Beschlüsse des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport sind davon jährlich 5.000 Euro für die Anmietung von neuen Räumlichkeiten durch die Geschichtsgruppe Dulsberg gebunden. Auch die Willi-Bredel-Gesellschaft muss ihre angestammten Räume Im Grünen Grunde aufgeben und muss künftig eine erhöhte Miete leisten. Dafür werden jährlich weitere 3.500 Euro bereitgestellt.

Den fünf Geschichtswerkstätten sollen von der Erhöhung im Jahr 2017 10.937 Euro und im Jahr 2018 der doppelte Betrag (21.874 Euro) zukommen. Diese zusätzlichen Mittel werden im Verhältnis der bisherigen Förderung auf die fünf Geschichtswerkstätten verteilt. Die restlichen Mittel 2017 und 2018 werden den Stadtteilkulturzentren zur Verfügung gestellt.

Da es seit 2009 keine Erhöhung der Rahmenzuweisung Stadtteilkultur mehr gab und die angespannte finanzielle Situation bei allen Häusern gleich ist, sollen diese Mittel zumindest im ersten Jahr zu einem größeren Anteil entsprechend der bisherigen Förderung auf die Stadtteilkulturzentren verteilt werden. Deshalb wird empfohlen, **2017** 75 Prozent des Erhöhungsbetrags für die Stadtteilkulturzentren analog des Verhältnisses der bisherigen Förderung zu verteilen. Mit den verbleibenden 25 Prozent sollen Mehrbedarfe durch die veränderte Raumsituation in der Zinnschmelze gedeckt werden.

**2018** sollen 50 Prozent des Erhöhungsbetrages 2018 für die Stadtteilkulturzentren entsprechend ihrer bisherigen Förderung verteilt werden (die Erhöhung aus 2017 wird wie im Vorjahr zu 75% nach Verhältnis verteilt). Aus den verbleibenden Mittel sollen mit jeweils 10.000 Euro bereits entstandene bzw. noch entstehende Mehrbedarfe aufgrund von veränderten räumlichen Anforderungen im Bürgerhaus in Barmbek sowie im Kulturhaus Eppendorf ausgeglichen werden. Mit den dann noch verbleibenden Mitteln (5.000 Euro) soll der Ansatz für den Kulturpunkt im Barmbek°Basch erhöht werden, um ggf. auf die missliche Raumsituation reagieren zu können.

Petition/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt den Beschlussempfehlungen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

##### **1a, 2 – 6:**

Einstimmig beschlossen

Für-Stimmen : SPD, GRÜNE, DIE LINKE  
Gegenstimmen :  
Stimmenthaltungen : CDU

##### **1b:**

Mehrheitlich beschlossen

Für-Stimmen : SPD, GRÜNE, DIE LINKE  
Gegenstimmen : CDU  
Stimmenthaltungen :



Freie und Hansestadt Hamburg  
Bezirksamt Hamburg-Nord  
Bezirksversammlung

## AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses  
vom 07.02.2017

Öffentlich

<b>7.7</b>	<b>Geschichtswerkstatt Barmbek finanziell stärker unterstützen</b> <b>Beschlussempfehlung des Ausschusses Bildung, Kultur und Sport</b> <b>Drucksache: 20-3894</b>	ungeändert beschlossen
------------	--	------------------------

Sachverhalt:

Der Ausschuss Bildung, Kultur und Sport hat sich in seiner Sitzung am 24.01.2017 aufgrund eines gemeinsamen Antrages der SPD- und GRÜNE-Fraktion mit o.g. Thematik befasst und einstimmig, bei Enthaltung der CDU-Fraktion, folgende Beschlussempfehlung verabschiedet:

1. Die Geschichtswerkstatt Barmbek erhält in den Jahren 2017 und 2018 zur Finanzierung von Personalkosten aus Mitteln des Quartiersfonds jeweils zusätzlich eine Zuwendung von 11.000 Euro.

### Begründung

In der Geschichtswerkstatt Barmbek existierte bis 2009 eine Mitarbeiterstelle, die nach dem Tod des Stelleninhabers 2009 nicht wieder besetzt wurde. Stattdessen wurden anfallende Arbeiten über mehrere Minijobs erledigt.

Es bietet sich nun die Möglichkeit, wieder eine Stelle einzurichten, so dass eine bessere Kontinuität der Arbeit erreicht werden könnte. Zu diesem Zweck ist eine zusätzliche Unterstützung in Höhe von 11.000 Euro notwendig.

Petition/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen

Für-Stimmen : SPD, GRÜNE, DIE LINKE  
Gegenstimmen :  
Stimmenthaltungen : CDU



Freie und Hansestadt Hamburg  
Bezirksamt Hamburg-Nord  
Bezirksversammlung

## AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses  
vom 07.02.2017

Öffentlich

7.8	<b>Projektmittel des Integrationsfonds Beschlussempfehlung des Ausschusses Bildung, Kultur und Sport Drucksache: 20-3896</b>	ungeändert beschlossen
-----	--	------------------------

Sachverhalt:

Der Ausschuss Bildung, Kultur und Sport hat sich in seiner Sitzung am 24.01.2017 mit einem Antrag des Kulturhauses Eppendorf auf Projektmittel des Integrationsfonds befasst und einstimmig eine Förderung des Projektes „Refugee Art Gallery“ mit Mitteln in Höhe von 2 900,00 € als Fehlbedarfsfinanzierung beschlossen.

### Hintergrund

Antragssumme 2.900,00 €	Veranstaltungsdatum 31.03.2017 bis 08.05.2017
----------------------------	--

Das Kulturhaus Eppendorf plant für den Zeitraum von März bis Mai 2017 ein Ausstellungsprojekt zum Thema Flucht und Migration. In den letzten Monaten wurde in verschiedenen Institutionen und Unterkünften Kontakt mit 8 ausgebildeten KünstlerInnen, aber auch qualifizierten Laien aus Syrien, Iran, Irak, Ghana und Simbabwe aufgenommen. Die Werke der KünstlerInnen setzen sich auf verschiedene Weise mit dem Thema auseinander und beeindrucken besonders durch ihren persönlichen Bezug. Gemeinsam mit den Refugees wird es begleitend zur Ausstellung drei Begegnungsveranstaltungen geben (davon eine Ausstellungseröffnung) und drei öffentliche Führungen, die die KünstlerInnen mit Hilfe von ÜbersetzerInnen selbst durchführen. Zu diesen Veranstaltungen werden auch geflüchtete MusikerInnen eingeladen und vorgestellt.

Das Angebot stellt somit eine sinnvolle Bereicherung der stadtteilkulturellen Aktivitäten dar. Es dient der positiven Stadtteilentwicklung und trägt für eine gelingende Integration der im Stadtteil lebenden Flüchtlinge und Migrantinnen und Migranten bei.

Aufgrund der Niedrigschwelligkeit des Angebotes eröffnet sich die Möglichkeit der Teilnahme verschiedener sozialer Gruppen sowie deren gemeinsamer kulturellen Aktivität.

### Finanzierung:

Für das Projekt werden Ausgaben in Höhe von 3.250 € angesetzt. Aus Workshop-Gebühren und Spenden Dritter werden 350 € aufgebracht. Beantragt wird eine Finanzierung aus dem Integrationsfonds in Höhe von 2.900 €.

Petition/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

**Abstimmungsergebnis:**  
Einstimmig beschlossen





Freie und Hansestadt Hamburg  
Bezirksamt Hamburg-Nord  
Bezirksversammlung

## AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses  
vom 07.02.2017

Öffentlich

<b>7.9</b>	<b>Projektmittel der Stadtteilkultur 2017 Beschlussempfehlung des Ausschusses Bildung, Kultur und Sport Drucksache: 20-3892</b>	ungeändert beschlossen
------------	---	------------------------

Sachverhalt:

Der Ausschuss Bildung, Kultur und Sport hat sich in seiner Sitzung am 24.01.2017 mit Projektmittelanträgen befasst und folgende Beschlussempfehlungen verabschiedet:

1. Drucksache 20-3867

Antragsteller/in: Kommunal-Verein von 1889 in Groß Borstel r.V.  
Projekt: KuKuK - Kultur und Kurzweil für Kinder in Groß Borstel  
Höhe der beschlossenen Förderung: 1 800,00 €  
Art der Förderung: Fehlbedarfsfinanzierung  
Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

2. Drucksache 20-3866

Antragsteller/in: Britta Tensfeld-Pauls  
Projekt: Dulsberger Mairauschen 2017  
Höhe der beschlossenen Förderung: 600,00 €  
Art der Förderung: Fehlbedarfsfinanzierung  
Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

3. Drucksache 20-3878

Antragsteller/in: Grüner Saal e.V.  
Projekt: Theateraufführung „Schwejk geht zur Bundeswehr“  
Höhe der beschlossenen Förderung: 500,00 €  
Art der Förderung: Fehlbedarfsfinanzierung  
Abstimmungsergebnis: mehrheitlich beschlossen (Für-Stimmen: SPD, GRÜNE, DIE LINKE;  
Gegenstimmen: CDU)

Petitum/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt den Beschlussempfehlungen.

**Abstimmungsergebnis:**

**1. und 2.:**

Einstimmig beschlossen

**3.:**

Mehrheitlich beschlossen

Für-Stimmen : SPD, GRÜNE, DIE LINKE

Gegenstimmen : CDU

Stimmenthaltungen :



Freie und Hansestadt Hamburg  
Bezirksamt Hamburg-Nord  
Bezirksversammlung

**AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT**

der Sitzung des Hauptausschusses  
vom 07.02.2017

Öffentlich

<b>7.10</b>	<b>Metrobuslinie 6 bis U Sengelmannstraße verlängern!</b> <b>Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt, Verkehr und Verbraucherschutz</b> <b>Drucksache: 20-3918</b>	ungeändert beschlossen
-------------	---	------------------------

Sachverhalt:

Der Ausschuss für Umwelt, Verkehr und Verbraucherschutz hat sich in seiner Sitzung am 31.01.2017 mit o.g. Thematik auf der Grundlage eines gemeinsamen Antrages der SPD- und GRÜNE- Fraktion befasst und einstimmig bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE folgende Beschlussempfehlung verabschiedet:

„Das Vorsitzende Mitglied der Bezirksversammlung Hamburg-Nord wird gebeten, sich gegenüber den zuständigen Behörden dafür einzusetzen, dass geprüft werden möge, ob die Metrobuslinie 6 über den U-Bahnhof Borgweg hinaus bis zum U-Bahnhof Sengelmannstraße verlängert werden kann.

Im Gegenzug könnte die Buslinie 179 entsprechend verkürzt werden.“

Begründung:

Im Rahmen der Planungsworkshops zur Umgestaltung des Borgwegs wurde auch über die Bedeutung der Metrobuslinie 6 sowie der zukünftigen U5 diskutiert. Die jetzige Anbindung der City Nord über die Busse der Linie 179 wurde als unbefriedigend betrachtet.

Die U5 soll im ersten Bauabschnitt bereits an der U-Bahnstation Sengelmannstraße enden. Damit wird die City Nord erst sehr viel später per U-Bahn an den Bahnhof Borgweg angebunden, sogleich wird aber mit dem Neubau der Deutschen Telekom sowie dem großen Holiday Inn Hotel und dem geplanten Boardinghouse eine deutlich stärkere Nachfrage für die Verbindung City Nord - Winterhude - Uhlenhorst - Innenstadt bestehen. Daher sollte geprüft werden, die City-Nord schon jetzt an die Metrobuslinie 6 anzuschließen. Dies stellt zugleich auch eine Förderung der Einzelhandelsgeschäfte entlang der M6 dar, was vor dem Hintergrund der schwierigen Situation im regionalen Einzelhandel besonders wichtig ist.

Positiver Nebeneffekt dieser Maßnahme wäre, dass derzeit notwendige, umfangreiche Überliegerplätze der M6 und der Linie 179 am Bahnhof Borgweg entfallen könnten, wodurch die geplante Umgestaltung des Borgwegs erleichtert würde.

Petition/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen

Für-Stimmen : SPD, CDU, GRÜNE

Gegenstimmen :

Stimmenthaltungen : DIE LINKE



Freie und Hansestadt Hamburg  
Bezirksamt Hamburg-Nord  
Bezirksversammlung

## AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses  
vom 07.02.2017

Öffentlich

7.13	<b>Vorhabenbezogener Bebauungsplan-Entwurf Barmbek-Süd 35 (P+R Dehnhaide) Beschlussempfehlung des Stadtentwicklungsausschusses Drucksache: 20-3929</b>	ungeändert beschlossen
------	--	------------------------

Sachverhalt:

Der Stadtentwicklungsausschuss hat sich in seiner Sitzung am 02.02.2017 mit o.g. Thematik befasst und das Ergebnis der zweiten öffentlichen Auslegung zur Kenntnis genommen. Anschließend wurde mehrheitlich (Für-Stimmen: SPD, CDU, GRÜNE; Gegenstimmen: DIE LINKE) folgende Beschlussempfehlung verabschiedet:

„Der Hauptausschuss stimmt der Feststellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplan-Entwurfes Barmbek-Süd 35 zu.“

### Hintergrund

#### Historie:

25.09.2014	StekA	Aufstellungsinformation
18.12.2014	StekA	Zustimmung zur Öffentlichen Plandiskussion
26.02.2015	StekA	Öffentliche Plandiskussion (ÖPD)
26.03.2015	StekA	Auswertung ÖPD
09.04.2015	StekA	Auswertung ÖPD öffentlich, Anträge
30.04.2015	StekA	Auswertung ÖPD öffentlich, Anträge
18.06.2015	StekA	Auswertung ÖPD öffentlich, Anträge
30.06.2016	StekA	Kenntnisnahme öffentliche Auslegung
22.08.2016 - 23.09.2016		öffentliche Auslegung
03.11.2016	StekA	Auswertung und Zustimmung erneute öffentliche Auslegung

Im Rahmen der erneuten **Kenntnisnahme-Verschickung** vom 09. November 2016 sind keine Stellungnahmen von Behörden und Trägern öffentlicher Belange zum Bebauungsplan-Entwurf eingegangen.

Im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung vom 09. - 23. Dezember 2016 wurden keine Anregungen abgegeben.

Die Träger öffentlicher Belange und betroffenen Dienststellen wurden mit Anschreiben vom 13. Januar 2017 darüber informiert, dass daher auf einen erneuten Arbeitskreis II verzichtet werden kann.

Der Durchführungsvertrag zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Barmbek-Süd 35 ist zwischen dem Bezirksamt Hamburg-Nord (Fachämter SL und RA) und dem Vorhabenträger final abgestimmt und soll in der 4. KW 2017 unterzeichnet werden. Aufgrund der umfangreichen Regelungsinhalte wird ein Auszug aus dem Durchführungsvertrag in der Anlage zur Kenntnis gegeben.

Petition/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

**Abstimmungsergebnis:**  
Mehrheitlich beschlossen

Für-Stimmen : SPD, CDU, GRÜNE  
Gegenstimmen : DIE LINKE  
Stimmenthaltungen :



Freie und Hansestadt Hamburg  
Bezirksamt Hamburg-Nord  
Bezirksversammlung

**AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT**

der Sitzung des Hauptausschusses  
vom 07.02.2017

Öffentlich

<b>7.14</b>	<b>Geschwindigkeitsbegrenzungen vor Schulen, Kindertagesstätten und sozialen Einrichtungen in Groß Borstel</b> <b>Beschlussempfehlung des Regionalausschusses Langenhorn-Fuhlsbüttel-Ohlsdorf-Alsterdorf-Groß Borstel</b> <b>Drucksache: 20-3938</b>	ungeändert beschlossen
-------------	--	------------------------

Sachverhalt:

Der Regionalausschuss Langenhorn-Fuhlsbüttel-Ohlsdorf-Alsterdorf-Groß Borstel hat sich in seiner Sitzung am 06.02.2017 mit o.g. Thematik auf der Grundlage eines gemeinsamen Antrages der SPD- und Grünen-Fraktion befasst und einstimmig folgende Beschlussempfehlung verabschiedet:

Das vorsitzende Mitglied des Regionalausschusses wird gebeten, sich bei der zuständigen Landesbehörde dafür einzusetzen, dass auf folgenden Straßenabschnitten in Groß Borstel eine streckenweise Reduzierung der Geschwindigkeit auf 30 km/h eingerichtet wird:

1. Borsteler Chaussee im Bereich der Carl-Götze-Schule, dem Kindergarten St.Peter und dem Schulausgang Moderne Schule ( Boirst.Ch. 112 - 114 )
2. Weg beim Jäger im Bereich des Kindergartens "Kinderpropeller " ( Nr. 92 )
3. Klotzenmoor im Bereich der Elbwerkstätten und dem BHH-Sozialkontor mit den Häusern "Beerboom" und "Klotzenmoor".

Begründung:

Seit Dezember 2016 ist die 1. Verordnung zur Änderung der Straßenverkehrsordnung vom 30.11.2016 in Kraft getreten, welche die Anordnung von streckenweisen Tempo-30-Abschnitten vor Schulen, Kindergärten, Pflegeheimen, etc. neu regelt. Im Stadtteil Groß Borstel gibt es schon seit längerer Zeit die Diskussion um die Tempo 30 km/h-Streckengeschwindigkeitsbegrenzung vor Schulen und Kindergärten auch auf übergeordneten Straßenzügen.

Anträge zur Umsetzung dieser Vorschläge in früheren Jahren scheiterten dann an dem Veto der Landesbehörden. Die bundesweit wirkende Änderung der Straßenverkehrsordnung schafft nun auch in Hamburg die gesetzliche Grundlage für eine neue Bewertung derartiger Antragsstellungen.

Petition/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

**Abstimmungsergebnis:**  
Einstimmig beschlossen